

Gemeinnützigen Wohnraum fördern

SP und Juso lancieren den Abstimmungskampf

Von Christian Fink

Basel. In Basel-Stadt besteht ein Leerwohnungsbestand von 0,2 Prozent. «Damit herrscht Wohnungsnot», sagt SP-Grossrat René Brigger. Von einer solchen lasse sich ab einem Leerwohnungsbestand von unter 0,5 Prozent sprechen, «auch wenn dies gerne ignoriert wird». Für den Vizepräsidenten der Wohnbaugenossenschaften Nordwestschweiz ist deshalb klar, dass die Initiative «Wohnen für alle: Für eine Stiftung für bezahlbaren Wohn-, Gewerbe- und Kulturraum» auch von genossenschaftlicher Seite mitgetragen wird.

Lanciert wurde die Initiative vor drei Jahren von SP und Juso. Den Gegenvorschlag der Regierung, «hätten wir», so SP-Präsidentin Brigitte Holliger, «angenommen». Er wurde vom Grossen Rat jedoch knapp abgelehnt, sodass nun die Trägerschaft im Hinblick auf die Abstimmung mit grossem Engagement für ihre Vorlage kämpft: «Wir gehen auf die Strasse, sprechen mit den Leuten und legen unsere Argumente dar», sagt SP-Grossrätin Sarah Wyss. Zu diesen gehört nebst dem minimalen Leerwohnungsbestand die Tatsache, dass es in Basel lediglich zehn Prozent gemeinnütziges Wohneigentum gibt.

Stiftung in Planung

Ausserdem leben 85 Prozent der in Basel Sesshaften in einem Mietverhältnis. Die grosse Nachfrage nach Wohnraum lasse in Kombination mit dem knappen Angebot die Mieten stark steigen, dies trotz rekordtiefer Hypothekarzinsen. «Um die Marktmacht privater Immobilienfirmen einzudämmen, müssen wir den gemeinnützigen Wohnungsbau stärken», sagt Hollinger. Und Wyss: «Die Initiative bekämpft längerfristig die Wohnungsknappheit.»

Mit der Initiative soll eine öffentlich-rechtliche Stiftung mit einem Start-

kapital von 50 Millionen Franken ins Leben gerufen werden. Sie wird demokratisch kontrolliert – der Verwaltungsrat soll vom Grossen Rat bestellt werden – und fördert den gemeinnützigen Wohnungsbau. Liegenschaften werden zur Kostenmiete vermietet; «Hypothekarzinsen werden automatisch weitergegeben», sagt Juso-Mitglied Lukas Gruntz.

Vorbild ist die Stiftung für preisgünstigen Wohn- und Gewerberaum PWG in Zürich. Vor 25 Jahren gegründet, verwaltet sie heute über 1500 Wohnungen und gegen 300 Gewerberäume. Die nach einem positiven Abstimmungsergebnis zu gründende Stiftung soll laut Gruntz auch innovative Wohnformen ermöglichen. «Wir haben nicht zuletzt dank der Universität viele junge Leute in Basel. Für sie ist entsprechender Wohnraum erforderlich.»

Breit abgestützt

Eine Stiftung mit einem Kapital von 50 Millionen Franken ermögliche gemeinnützigen Wohnraum in der Höhe von 250 bis 300 Millionen Franken, sagt Brigger. So liessen sich in wenigen Jahren, auch in Zusammenarbeit mit den Wohngenossenschaften, einige Hundert gemeinnützige Wohneinheiten schaffen.

Die Initiative von SP und Juso kommt am 8. März zur Abstimmung. Dahinter steht eine breite Trägerschaft: Dazu zählen gemeinnützige Wohnbauorganisationen wie die Wohnbaugenossenschaft Nordwestschweiz, die Genossenschaft Wohnstadt, die Stiftung Habitat, die Edith Maryon Stiftung und andere. Von politischer Seite wird die Initiative zudem von der Grünen Partei Basel-Stadt, von BastA! sowie vom Jungen Grünen Bündnis Nordwest unterstützt. Auch die Gewerkschaften VPOD, Unia, Syndicom und der Basler Gewerkschaftsbund unterstützen das Volksbegehren der SP und der Juso mit.